

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen. Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung: Gesellschaft 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

# Der unsoziale Haushaltsplan.

## Die Sozialdemokratie lehnt ihn ab. - Hilferding begründet. - Die Regierung schläft noch.

Der Reichstag, der gestern abend bis nach neun Uhr bei der Arbeit blieb, ist heute pünktlich zehn Uhr wieder wach. Aber die Regierung schläft noch. Als Genosse Hilferding zur dritten Lesung des Reichshaushalts das Wort nimmt, ist die Ministerbank leer. Nach einer Viertelstunde erscheint Braun, wieder nach einer Viertelstunde Köhler. Dann kommt lange nichts. Ganz am Schluss, als das Stichwort „Reichswehr“ fällt, tauchen feidgraue Vorposten auf. Richtig, nun kommt auch Gehler hereingetroppelt.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion würdigt inzwischen kritisch die Etats der einzelnen Minister. Es fällt der Name Curtius. Wo ist er denn? ruft es aus der Linken. Und man gibt sich selber die Antwort. Schläft noch. Schiele! Wo ist er denn? Schläft noch. Und so weiter nach der Rangordnung.

Den Herren, die nicht da waren, sei empfohlen, Hilferdings Rede wenigstens im stenographischen Protokoll nachzulesen. Sie können wirklich noch einiges aus ihr lernen. Diese Rede war politisch wichtig, weil sie für die Ablehnung des Etats durch die sozialdemokratische Fraktion die sachliche Begründung gab. Die Fraktion verwahrt sich gegen die Unterstellung, sie treibe eine Politik der bloßen Negation, sie stehe dem Staat, der heute trotz alledem eine Republik ist, und seinen Einrichtungen feindselig entgegen. Ihre Kampfansage richtet sich nicht gegen den Staat, desto schärfer aber gegen diejenigen, die ihn als Instrument einer Klassenherrschaft des Besitzes mißbrauchen. Dieser Gedankengang kommt in den scharfsinnigen, auf gehäufte Tatsachen gestützten Ausführungen des sozialdemokratischen Redners immer wieder ganz klar zum Ausdruck. Negativ sind sie nur in dem Sinne, daß sie den Partikularismus, die soziale Reaktion, die Hochschuladöllnerie entschieden ablehnen. Sie sind im besten Sinne des Wortes positiv, indem sie den Gedanken der Reichseinheit und des sozialen Fortschrittes in den Vordergrund stellen. In der Kritik der Bürgerblockparteien sind sie von schneidender Wirkung.

Hilferding schließt, indem er das Volk zu erneuter Entscheidung aufruft, unter stürmischem Beifall der Fraktion. Dann erhebt sich Genosse Hermann Müller, um gegen das ungehörige Verhalten der Regierung zu protestieren. Wenn die Minister jetzt für den Reichstag keine Zeit hätte, müge man doch bis 5 Uhr nachmittags vertagen. Aber der Bürgerblock legt auf die Anwesenheit seiner Regierung keinen Wert. Er beschließt, weiter zu tagen, und dann gibt der Kommunist Lorgler seinem Aerger darüber Ausdruck, daß die Sozialdemokraten in der Opposition sind. Wie mans macht, ist's verkehrt. Der Kommunist redet weiter und allmählich werden die Abgeordnetenbänke so leer, wie es vorher die Ministerbänke waren. Grauer parlamentarischer Akttag.

Amüsanter wird es erst, als der Demokrat Dietrich-Baden erscheint, um Herrn Strefemann dem Janustölpigen, die Parteipolitiker, die Staatsmann, einige niedliche Bosheiten zu sagen. Herr Bredts Ankündigung, daß auch die Wirtschaftspartei den Etat ablehnen werde, ist eine kleine Sensation.

Die unvermeidliche Revenlow-Rede, die dann folgt, ist das Gegenteil davon. Und gegen ein Uhr ist die allgemeine Aussprache beendet. Die Regierungsparteien haben geschwiegen, die Regierung hat geschwiegen. Wahrscheinlich das Beste, was sie in dieser Lage tun konnten!

Aber der Eindruck ist doch kläglich!

Dann berät man die Etats der einzelnen Ministerien und kommt zum Etat des Auswärtigen. Strefemann glänzt durch Abwesenheit. Nach einer Rede Stöckers beantragt Hermann Müller, den Reichsaußenminister herbeizurufen und die Sitzung zu unterbrechen, bis er da sei. Ministerialdirektor Schneider versichert, sein Chef sei schon unterwegs und müsse in zwei bis drei Minuten da sein.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Trotzdem auf der heutigen Tagesordnung die dritte Lesung des Reichshaushalts steht, also dessen abschließende Beratung, ist das Haus beim Beginn der Sitzung besonders auf der Rechten schwach besetzt, von den Ministern ist zuerst überhaupt niemand zu sehen. Der erste Punkt wird schnell erledigt, es handelt sich um die Genehmigung zur Strafverfolgung eines Abgeordneten, die wie üblich verjagt wird. Dann kommt die dritte Lesung des Etats. Die größte Portel des Hauses, die Sozialdemokratie, stellt den ersten Redner.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.)

erinnert an die Annahme der Richtlinien und des Protokolls durch die Deutschnationalen, was die unbedingte Anerkennung der bisherigen Außenpolitik bedeutete, so wie sie feierlich begonnen von Wirth und Rathenau fortgesetzt und von Strefemann

weitergeführt wurde. Wir wußten allerdings schon seit Vocarno, daß diese Außenpolitik kein Hindernis für die Deutschnationalen sei.

Aber es war für uns eine Ueberraschung, daß die Deutschnationalen auch die republikanische Staatsform anerkannt hatten.

Es hat uns mit einer gewissen Genugtuung erfüllt, daß jene Männer die Republik anerkannten, die, vom Ausgang des Krieges erschüttert, einsehen, daß der Monarchismus unmöglich sei, weil er nur auf dem Wege des Bürgerkrieges wiederhergestellt werden könne. Aber es gab bei den Deutschnationalen auch andere Leute, bei denen die Sache anders lag.

Wir haben an die monarchistische Ueberzeugung des Grafen Westarp geglaubt und er muß doch wissen, daß die Anerkennung der Republik durch die Deutschnationalen der schwerste Schlag für den Monarchismus war, weil jetzt eine monarchistische Partei in Deutschland nicht mehr möglich ist. Das ist auch die Meinung der deutschen konservativen Partei, und es wäre für uns sehr interessant zu erfahren, ob Graf Westarp nach der Anerkennung der Richtlinien noch Mitglied dieser Partei ist. Gegenüber der Anerkennung der Republik von dieser Seite empfinden wir nicht die geringste Genugtuung. Ich erinnere, daß der Abg. Eberling noch nachher erklärt hat, er bleibe ein treuer Diener der Hohenzollern. Wenn wir auch an diese Treue nicht recht glauben,

so stellen wir doch fest, daß auf diese Weise von neuem die Unaufrichtigkeit in die deutsche Politik getragen wird und wir sind empört darüber, daß die große Auseinandersetzung zwischen republikanischer und monarchistischer Staatsform hinabgezerrt wird zu kleinlichen Parteimaneuvern.

Die Demokratie gibt dem Staatsbürger die Entscheidung über seine Angelegenheiten in die Hand, er kann sie aber nur entscheiden, wenn der von ihm Beauftragte ehrlich ist. (Sehr wahr! bei d. Soz.) Diese Unaufrichtigkeit, die die Deutschnationalen mit ihrer Erklärung wieder in die deutsche Politik hineingetragen haben, rechtfertigt es, daß wir dieser Regierung das denkbar schärfste Mißtrauen entgegenbringen.

### Finanzausgleich und Einheitsstaat.

Dieses Mißtrauen wird gesteigert gegenüber dem von ihr eingebrachten Etat, denn hier erinnert man sich an das Wort, man soll ihr auf die Hände sehen und nicht aufs Maul. Dieser Etat empfängt sein Gepräge vom Finanzausgleich. Die frühere Entwicklung hat die Stärkung der Steuerhoheit des Reichs gegenüber den Ländern gebracht. So sehr wir der Politik des deutschnationalen Finanzministers Schlieffen kritisch gegenüberstanden, seine Finanzreform hat doch die Steuerhoheit des Reichs gestärkt. Diese Entwicklung ist auch von dem Finanzminister Reinhold nicht gestört worden. Jetzt aber ist der bisherige Weg verlassen worden, der uns vorgelegte provisorische Finanzausgleich bedeutet eine Verminderung der Steuerhoheit des Reichs,

er bedeutet die künftige Erhaltung der Kleinstaaterei.

Das Entscheidende dabei ist nicht einmal die Stärkung der kleinsten Länder, sondern die Stärkung der Strömung in Bayern, die die Wiederherstellung des alten Staatswesens zum Ziele hat. Bayern erhält jährliche Subventionen zur Aufrechterhaltung seines übergroßen Staatsapparats in Höhe von 45 Millionen. Das haben Sie nicht (nach rechts) aus sachlichen Gründen getan, sondern weil die

Bayerische Volkspartei zum entscheidenden Faktor in der deutschen Politik geworden ist. (Sehr wahr bei d. Soz.) Wir werden aber auch der bayerischen Bevölkerung sagen, was das bedeutet. Durch die Vereinheitlichung des Steuerwesens und der Uebernahme der Steuerhoheit auf das Reich ist der kleine Bauer und Arbeiter bis zu einer gewissen Grenze freigesprochen. Die bayerische Bureaucratie will die Steuerhoheit zurückverlangen, um dann aufs neue die schwächsten Schichten der Bevölkerung aufs schwerste zu belasten.

Die Folge des Finanzausgleichs war das Auftreten des preussischen Ministerpräsidenten und des sächsischen Gesandten gegen Bayern. Wir stehen lothlich hinter der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten. Es geht nicht an, daß man die Forderungen Bayerns erfüllt, aber die Ansprüche Preußens auf die von ihm verlorene 3 1/2 Milliarden zurückweist. Als wir hier diesen Kampf der Länder untereinander sahen, haben wir bedauert, daß der Reichsinnenminister Reudell nicht auf keinem Plage saß. (Zuruf links: Er ist auch heute nicht da!) Er hätte dann die Politik noch deutlicher verstanden, die ihm Anshöf erreicht hat. Wenn sein Wort von der Souveränität der Länder wahr wäre, dann hätte er bald aufgehört Reichsminister zu sein.

Diese Vorgänge zeigen aber die Unmöglichkeit des heutigen Zustandes, sie beweisen, daß dieser Zustand gründlich durchpruft und abgeändert werden muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vor dem Kriege war die wirkliche Macht in Deutschland bei Preußen. Heute haben sich diese Verhältnisse geändert, die Stellung Preußens gegenüber der Zentralgewalt im Reich ist stark geschwächt. Da aber Preußen die Mehrheit der Bevölkerung des Reichs umfaßt, so bedeutet das vom demokratischen Standpunkt aus gesehen ein Unrecht, das man an ganzen deutschen Volke begeht. Es bedeutet, daß die Stellung Preußens und des preussischen Volkes im Reich herabgemindert wird. Die Stellung Preußens im Reichsrat wird noch dadurch geschwächt, daß die Provinzialvertreter gegen ihre eigene Regierung stimmen können, wie das wiederholt in bedeutungsvollen Situationen geschehen ist. Das alles widerspricht nicht nur allen Grundsätzen der Demokratie, es bedeutet, daß die Majoritätsstellung des preussischen Volkes im Reich fast vernichtet wird. Das ist ein Zustand, der nicht länger fortdauern kann.

Wir müssen alles daran setzen, damit dieses unmögliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern geändert, daß endlich der deutsche Einheitsstaat hergestellt wird.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Welche Stellung aber nehmen Sie (zu den Deutschnationalen) zu dieser Frage ein? Sie sind es doch, die als führende Partei in dieser Regierung auftreten! Sie sind doch früher immer als Vertreter Preußens aufgetreten, heute aber entscheiden Sie gegen Preußen, heute haben Sie die preussischen Interessen vollständig preisgegeben, um ihrer selbsttätiger parteipolitischen Interessen willen.

### Die Partei Drehscheibe.

Und nun die Deutsche Volkspartei: Wir haben hier große Löhne von Herrn Cremer gehört, er hat ein Bekenntnis zum deutschen Einheitsstaat abgelegt. Aber bei dieser Partei war es schon immer so:

Nach links wird geredet, nach rechts wird gehandelt.

(Sehr wahr! bei den Soz.)

Man hat von Ihnen gehört, daß man Ihnen das Kompromiß beim Finanzausgleich abgepreßt habe. Warum

# Die Internationale gegen den Terror.

## Protest gegen die litauische Unterdrückung. - Einsetzung einer Untersuchungskommission. - Mäifeiermanifest.

Paris, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Die gemeinsame Tagung der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Internationale vom Sonntag hat am Montag mit dem erweiterten Bureau der sozialistischen Internationale eine Sitzung von mehreren Stunden abgehalten. Der hauptsächlichste Inhalt der Beratungen bildete die endgültige Abfassung des Manifestes, das an die sozialistischen Internationale am 1. Mai d. J. gleichzeitig an alle Länder erlassen wird.

Die Diskussion befaßte sich dann weiter mit der Frage der politischen Verfolgungen von Sozialisten und Kommunisten in verschiedenen Ländern. Die Sekretäre der sozialistischen Parteien in Lettland, Estland und Finnland hatten an die Internationale ein Telegramm gerichtet, in dem sie die Aufmerksamkeit derselben auf die Lage in Litaunien lenkten, wo zahlreiche sozialistische Führer in einigen Tagen vor einem Kriegsgericht erscheinen werden. Das Bureau beschloß in einem Manifest, die Aufmerksamkeit Europas auf den Terror in Litaunien zu lenken und energig gegen dieses Vorgehen zu protestieren.

Weiterhin beschloß das Bureau einen neuen Protest dagegen zu erlassen, daß auch in Ungarn die Kommunisten vor Kriegsgerichte gebracht und wegen politischer Vergehen zu Kerker und zum Tode verurteilt werden. Im Anschluß daran beschloß das Bureau eine Untersuchungskommission über die politischen Verfolgungen in allen Ländern einzusetzen. Genosse Brouckere-Belgien und Crispian-Deusland sind beauftragt worden, die vorbereitenden Arbeiten für diese Kommission zu übernehmen. Sämtliche Korrespondenz darüber soll an das Sekretariat der Internationale nach Zürich adressiert werden, die sich

mit der technischen Vorbereitung für die Arbeiten der Konferenz befaßt.

Endlich wurde eine Resolution Renaudel über die allgemeine Abrüstung, auf Vorschlag von Wets, einer Kommission überwiesen, die in aller kürzester Zeit zusammenberufen werden soll.

### Amerika entschließt sich zu einer Note.

Auch England und Japan reden mit Kanton diplomatisch.

London, 5. April. (W.B.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Der Wortlaut der amerikanischen Note, die der amerikanische Gesandte in Peking den kantonesischen Behörden zu überreichen beauftragt werden wird, ist jetzt nach Peking telegraphiert worden. Trotz einiger Änderungen wird die Note in allen wesentlichen Punkten mit dem Inhalt der britischen und japanischen Note übereinstimmen. Die drei Mächte werden also in der ersten Phase des diplomatischen Problems eine übereinstimmende und identische - wenn auch anscheinend nicht unbedingt gemeinsame Aktion - unternehmen.

In der weiteren und noch wichtigeren Frage von „Sanktionen“ scheint wenig, wenn überhaupt irgendein Fortschritt erzielt worden zu sein. Der Korrespondent schließt die Forderungen würden zwecklos sein, wenn sie nicht auf der festen Absicht beruhten, auf ihrer Durchführung zu bestehen. Aber es sei offenbar der Wunsch der amerikanischen Regierung, wenn möglich, auch nur den Anschein einer Einmischung in den chinesischen Bürgerkrieg zu vermeiden.

haben Sie nicht zum Einheitsstaat gestanden? Sie feiern jetzt ihre Vorgängerin, die Nationalliberale Partei, mit der Sie sich durchaus eins fühlen. Aber die Nationalliberale Partei hat durch den Übergang zur Schutzpolitik und durch ihre sozialpolitische Reaktion die schwersten Verbredungen am deutschen Volk begangen, die es vom nationalen und vom liberalen Standpunkt aus überhaupt geben konnte. So oft die nationalliberale Partei vor die Wahl gestellt war zwischen ihren liberalen Grundätzen und den wirtschaftlichen Interessen des Großkapitals zu wählen, hat sie die liberalen Grundätze für die kapitalistischen Interessen aufgegeben. Damals ist der Umfall als die politische Bewegungsform der nationalliberalen Partei bezeichnet worden. Und die Deutsche Volkspartei hat trotz der ausgezeichneten Rede Dr. Cremers für den Einheitsstaat nichts für dessen Erreichung getan, desto mehr dagegen.

Was Ihnen beim Finanzvergleich wirklich am Herzen gelegen hat, war nicht die Förderung des Einheitsstaates, sondern die Senkung der Realsteuern. Sie haben mit diesem Finanzvergleich die Industriegemeinden zugunsten der Agrarier auf das Schwerste betastet.

Und mit Ihrem Kulturliberalismus wird es ebenso gehen. Wenn Herr Scholz vor Sie Wahl gestellt wird, ob Bürgerblock oder Abschluß des Konfordsats, dann wird er keinen Augenblick schwanken, das Konfordat dem Verfall des Bürgerblocks vorzuziehen. (Beifallige Zustimmung links.)

Dasselbe gilt für eine Entschärfung der Deutschen Volkspartei zwischen höheren Getreidezöllen oder Vergrößerung der kirchlichen Macht. Der Einheitsstaat ist Ihnen dabei ebenso Nebensache wie der Kulturliberalismus.

Ihnen ist das Zusammengehen mit den Deutschnationalen in den steuer- und sozialpolitischen Fragen viel wichtiger als die ganze Kulturpolitik.

Die Volkspartei wirft der Wirtschaftspartei vor, daß sie die großen Grundätze entbehre und nichts anderes sei als eine Vertretung partikularer wirtschaftlicher Interessen. Gewiß, der Liberalismus hatte eine große Konzeption, aber die Deutsche Volkspartei macht von dieser Konzeption im Ernstfall niemals Gebrauch. Was ist heute der Unterschied zwischen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei? Die Volkspartei hat Geschichte und Tradition, die Wirtschaftspartei nicht, aber sonst ist die Volkspartei eine Wirtschaftspartei englos und die Wirtschaftspartei ist eine deutsche Volkspartei endebell. (Heiterkeit.)

Wir können dem Finanzvergleich und dem darauf gebauten Etat unsere Zustimmung nicht geben, vor allem aus tatsächlichen Gründen. Herr Scholz hat geäußert, daß der Finanzvergleich die Souveränität der Länder stärke, aber dann verkennet er ganz die unglückselige Bedeutung und große Tragweite des Finanzvergleichs. Für uns bedeutet dieser Finanzvergleich eine Rückentwicklung. Wir können schon um des Einheitsstaates willen eine Verantwortung dafür nicht übernehmen. Wir protestieren gegen ihn, weil er eine Erregungssache des Partikularismus, ein staatsrechtlicher Rückschritt ist.

und wie lehnen ihn ab, zur Demonstration unseres Bekenntnisses zum Einheitsstaat. (Beifall links.)

In diesem Entschluß bestärken uns sehr ernste wirtschaftliche und soziale Erwägungen. Der Finanzvergleich weist den Ländern soziale Aufgaben zu, trifft aber nirgendwo Bestimmungen, die die Erfüllung dieser Aufgaben sichern.

### Der Etat der sozialen Reaktion.

Sie haben 50 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen und erklären, daß die 100 Millionen des außerordentlichen Etats zusammen mit den Resten vom Vorjahr für die Arbeitsbeschaffung genügen. Diese Reste beweisen, daß trotz der schweren Krise nicht einmal die bewilligten Mittel genügend ausgenutzt worden sind. Nur weil Sie damit rechnen, daß das jetzige ungenügende Tempo der Arbeitsbeschaffung fortgesetzt wird, nur deshalb können Sie noch 50 Millionen streichen. Und aufs neue belasten Sie die Länder und Gemeinden, die stark soziale Lasten haben, während Sie die agrarischen Provinzen entlasten.

In dieser Zeit ungeheurer Arbeitslosigkeit ist es eine menschlich nicht zu verantwortende Grausamkeit, die Wohnungsmieten heraufzujagen. (Sehr richtig! links.) Sie haben es getan, ohne dafür zu sorgen, daß die Länder diese Heraushebung dazu benutzen müssen, um den Wohnungsbau zu fördern. Wir wissen, daß Preußen das in erheblichem Maß tun wird, aber der größte Teil

der anderen Länder werden auch die Mietenerhöhung für ihre allgemeinen Staatsausgaben benutzen. Wir sehen hier eine anti-soziale Tat ohne irgendwelche Kompensation. Als Protest gegen diesen sozialreaktionären Charakter des Etats lehnen wir ihn ab.

Dazu kommt Ihre Wirtschaftspolitik. Von den zwei Ministerverordnungen war die des Herrn Curtius rein akademisch, behandelte sozusagen die Welt als ökonomische Vorstellung, dagegen war die des Herrn Schiele ein handfestes Konzept für jede Landwirtschaftskammer — die Welt als ökonomischer Wille!

Es ist viel zu wenig beachtet worden, daß Schiele sich für die Erhöhung der Zölle auf sämtliche landwirtschaftlichen und tierischen Erzeugnisse erklärt hat, auf Fleisch, Milch, Butter und Käse.

Er will der Landwirtschaft nicht durch Beseitigung der Futtermittelzölle und Herabsetzung der Getreidezölle helfen, sondern durch Erhöhung aller Agrarzölle. Die frühere Regierung hat die Herabsetzung des Zuckerzolls versprochen; sie ist unausgeführt geblieben und statt der Herabsetzung des Zuckerzolls sollen auch noch alle anderen Zölle erhöht werden. Der Zuckerzoll ist ganz überhöht und trotz entgegenstehender Regierungserklärungen von 10 auf 11,50 M. erhöht worden, was nur dem Röhrentartel einen Extraprofit bringt.

Diese plötzlichen Zollerhöhungen erschüttern das ganze handelspolitische System und bringen die größte Unklarheit hinein. Schiele strebt die Erhöhung der Getreidezölle auf 6 M. an. Nicht durch Steigerung der Produktivität, wie wir wollen, sondern durch Erhöhung der Zölle, d. h. durch Extraprofit für die Großagrarier und durch schwerste Beeinträchtigung der Kaufkraft der arbeitenden Massen will man der Landwirtschaft helfen. Als Ausdruck unseres schärfsten Mißtrauens gegen diese Politik lehnen wir den Etat ab.

Ich verlange von Herrn Curtius wirklich nicht sozialistische Politik. Aber wenigstens soviel Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes müßte ein deutscher Wirtschaftsminister doch aufbringen wie der nordamerikanische Handelsminister Hoover, der erklärt hat, daß der technische Fortschritt nur dann einen Sinn hat, wenn er den Arbeitern und Konsumenten zugute kommt. Ihre Handelspolitik macht jede Preisregelung der Kartelle überflüssig, bedeutet ständige Verteuerung zugunsten einer kleinen Anzahl Besitzender. Das ist Ihre Wirtschaftspolitik!

Und Ihre Sozialpolitik wird gekennzeichnet durch dieses Arbeitszeitgesetz. Um endlich einen Teil des riesigen Arbeitslosenheeres wieder in den Arbeitsprozeß einzufügen und vor gänzlicher Vereinerlichung zu bewahren, haben wir mit den Gewerkschaften zusammen ein Kooperationsgesetz gefordert, das mit den überhöhten Zöllen Schritt hält. Statt dessen kam dies abholungetragene Kooperationsgesetz. Auch die christlichen Gewerkschaften betrachten dieses Gesetz als durchaus ungenügend und wir bedauern nur, daß aus politischen, nicht aus sachlichen und gewerkschaftlichen Gründen die christlichen Gewerkschaften ihm zustimmen.

Wir bedauern ganz außerordentlich diese Spaltung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie sie sonst nirgendwo anzutreffen ist. Sehen Sie (zu den christlichen Gewerkschaftsvertretern) doch, wie Industriellen ungeschickter aller Gegensätze der religiösen Weltanschauung im klaren Klassenbewußtsein zusammenhalten.

Glauben die Herren Joss und Imbusch, daß die christlichen Unternehmer weniger interessiert an den konfessionellen Erziehungsforderungen sind als Sie? Die christlichen Gewerkschaften gehören in eine Front mit den freien Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter müßten sich endlich verbitten, um politischer Gründe willen aus dieser Front herausgerissen zu werden.

### Mißtrauen gegen Gessler.

Auch der Wehretat kann unsere Zustimmung nicht finden. Im alten Deutschland waren wir grundsätzliche Gegner der damaligen Wehrevfassung, die wir durch die Weitz erlegen wollten, was nach den Erfahrungen des Krieges auch vom militärischen Standpunkt durchaus richtig gewesen wäre. (Zuruf rechts: Unsinnt!) Es gibt Leute, die aus keiner Erfahrung etwas lernen. (Sehr gut! links.) Mit der uns vom Ausland ausgenötigten Wehrevfassung rechnen wir als einer gegebenen Tatsache. Wir lehnen daher nicht von vornherein grundsätzlich diese Reichswehr ab, aber wir verlangen, daß sie wirklich einmal entpolitisiert wird, daß nicht mehr der Eintritt in die Reichswehr abhängig gemacht wird von Seemundszugnissen nationalistischer Verbände, daß auch Mannschaftenpersonen bei genügender Befähigung Offiziere werden können. Im großen und ganzen sind diese Forderungen durch die Richtlinien der früheren und durch die Programmklärung der

jetzigen Regierung anerkannt worden — aber die Durchführung fehlt.

Wir haben das Gefühl, daß, so oft die Republik bedroht war, ihr sicherer Schutz bei Severing und der preussischen Polizei gelegen hat.

Dieses Gefühl haben wir Herrn Gessler gegenüber nie gehabt. Und deshalb können wir dem Wehretat nicht zustimmen. Das richtet sich nicht gegen die Reichswehr, es gibt unter den Soldaten genug Sozialistischer und wir wollen nicht, daß diese Proletariat bebrängt oder verdrängt werden von den anderen. Auch ist der Wehretat in Anbetracht der geringen Stärke des Heeres und im Vergleich mit anderen Staaten unbegreiflich hoch, was uns in der Ablehnung befestigt.

### Die Wähler müssen entscheiden.

Wir können auch nicht die Verantwortung für diesen Etat übernehmen, der nicht ausreichend balanciert und nur durch Heranziehung aller Reserven ausgeglichen ist. Ein Gutes hat diese Regierung, sie hat Klarheit geschaffen. In der Vergangenheit mühten wir uns unter doppeltem Zwang zu handeln; für die Erhaltung der Republik und für die Durchsetzung unserer Außenpolitik, die die einzig mögliche ist, um die Befreiung Deutschlands zu erreichen, haben wir große Opfer gebracht. Wir waren uns dabei bewußt, daß viele unserer Parteigenossen nicht verstehen, daß wir manche sogar verlieren. Aber es hat uns nicht gekümmert, weil wir gewußt haben, daß wir den dauernden Interessen der Arbeiterklasse dienen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Jetzt ist dieser Zwang fortgefallen. Die Deutschnationalen haben diese Außenpolitik anerkannt und sich auf die Weimarer Verfassung verpflichtet.

Von selbst drängen sich nun die großen Fragen der Innenpolitik in den Vordergrund. Wir fordern die Entscheidung der Wähler.

Wie man sich bettet, so schläft man und wie man wählt, so wird man regiert. Unter den Formen der Republik will diese Regierung die alten sozialen Herrschaftsverhältnisse wieder errichten. Wir aber wollen eine Fortentwicklung dieser Republik zu einer wirklich sozialen Republik. In diesem Reichstag wird eine andere Regierungsabteilung nicht mehr möglich sein. Daher muß er verschwinden und die Entscheidung der Staatsbürger angetrieben werden.

Wir sind überzeugt, daß diese Entscheidung fallen wird für die soziale Republik und für die Sozialdemokratie. (Stürmischer anhaltender Beifall von den Soz.)

### Die Regierung schläft noch.

Herr Müller-Franken (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Herr Dr. Hilferding heute seine Rede begann, war nur der Arbeitsminister da, später kam noch der Finanz- und zuletzt auch der Wehreminister. Das ist ein Zustand, den sich meiner Überzeugung nach das Parlament nicht gefallen lassen kann. (Beifallige Zustimmung links.) Seit Anfang voriger Woche weiß die Reichsregierung, daß heute die dritte Lesung des Reichsetats beginnt. (Zuruf rechts: Sie hat noch anderes zu tun.)

Ich weiß nicht, ob die Regierung auf die Vertretung ihres Etats so wenig Wert legt, daß sie nicht einmal ihr Erscheinen für notwendig hält.

Da Sie sagten, daß Sie noch anderes zu tun haben, können wir ja warten, bis Sie damit fertig sind. Ich beantrage daher die Vertagung der Weiterberatung auf heute 5 Uhr nachmittags, da ich annehme, daß Sie dann mit Ihren anderen Arbeiten fertig sind. (Heitere Zustimmung links.)

Durch minutenlanges Klingeln werden genügend viele Bürgerhörer in den Saal gerufen, so daß der Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt wird.

Herr Torgler (Komm.) führt aus, daß dieser Etat, der im Laufe der Verhandlungen von 8,5 auf 9,3 Milliarden angeschwollen sei, seinen Klassencharakter nicht verleugnen könne. Mit den Steuern der Länder und Gemeinden habe das deutsche Volk annähernd 15 Milliarden aufzubringen, wovon der größte Teil die breiten Massen belastete. Für eine bessere Befolgung der Beamten hätten die Regierungsparteien nichts übrig, die wichtigsten Aufgaben für soziale Zwecke sind gestrichen worden. Um so mehr Geld hat man für den Partikularismus Bogerns und für die Unterstützung der Großindustrie übrig. Wenn das Reich sich jetzt in so großer Notlage befindet, warum fordert man nicht die 715 Millionen von den Ruhrindustriellen und die an die anderen Unternehmer gegebenen Kredite zurück? Juristische Zwirnsfäden könnten dabei keine Rolle spielen. Die Kommunisten würden selbstverständlich diesen Etat des Bürgerblods ablehnen.

## Oster-Auftakt.

Von Franziska Mann.

Der erste Frühlinghauch weckt seit ein paar Jahren nicht nur Krokus, Schneeglöckchen und Veilchen, sondern auch — den Trieb zur Osterreise. Noch gar nicht lange ist es her, als Bahnhöfe nur zur Zeit der großen Sommerferien oder in Tagen der höchsten Sommerhitze von Reisenden überflutet wurden. Die Frage: „Wo reisen Sie hin?“, hörte man etwa im Juli, und niemand kam im Januar auf den Gedanken, daß man auch zu Ostern reisen könnte.

Ostereisen sind modern geworden; meist sind sie eine angenehme Zerstreung, aber oft auch die notwendige Kampaufweckung überlasteter, überarbeiteter, nervös herabgestimmter Persönlichkeiten. Ob berechtigt oder nicht berechtigt, in einem Punkt gleichen sich diese Fahrten: nur wer Mittel besitzt, kann sie antreten. Mag mancher das notwendige Geld schwer erspart haben und ein anderer nur einen Scherz ausschreiben, in jedem Falle bleibt die Osterreise eine Bevorzugung.

Sollte es eigentlich ganz unmöglich sein, sich dem Genuß dieser Reise — etwa in der Stille einer sonnigen Frühlingsoase — hinzugeben, ohne einen leisen Druck an jener Stelle zu empfinden, die wir mit dem ungeschicklichen Ausdruck „Gewissen“ bezeichnen? Allerdings, unsere Gewissen sind seltsam robust geworden.

Es gibt Augen, die keinen Bedürftigen sehen! Es gibt Herzen, die anzunehmen scheinen, Not schmerze weniger, wenn sie chronisch geworden ist!

Es gibt Ohren, die nicht hören, wie es stehend durch die Welt tönt: Menschen heißt, daß die Zahl der Bedrängten kleiner werde, der Unglücklichen, die an der harten, unarmherzigen Wirklichkeit zugrunde gehen müssen! Mißgünstige erwacht! Schuld wird nicht geringer, wenn sie gewohnheitsmäßig begangen wird!

Seder, der sich auf seine Osterreise freut, bringt kein zu schweres Opfer, wenn er den Preis seines Billets freiwillig um etwa 20 M. erhöht. Diese 20 M. sollte er sofort einem anderen überweisen, von dem er weiß, daß er mittellos, vielleicht auch arbeitslos, vielleicht schon hoffnungslos durch die für ihn von keinem Fest erhaltenen Tage irt. Feiertage sind Trauertage für die Armen. Wenige Mark können manchmal Ruhe für die allernächsten Tage schaffen und genügen, um sinkenden Mut zu beleben.

Reisevorbereitungen veranlassen gewöhnlich gerade im letzten Augenblick unerwartete Ausgaben. Ist man aber dann am Reiseziel, so stellt sich's oft heraus, daß „eigentlich“ manches gar nicht so notwendig war, wie man glaubte.

Eingedenk der Verarmung, die das Leben dem einen auferlegt und dem anderen erspart, müßte eine viel verbreitete freiwillige Selbstbesteuerung ausgebildet werden! Nicht nur einschneidende äußere Glücksgeföhne (man muß nicht erst das

große Los gewonnen haben!) sollten Veranlassung zu Freudenpenden bieten, und nicht nur besonders Bemittelte dürften sich des Vorrechts bedienen, durch kleine Dankopfer auch andere zu beglücken. Schätzen wir die Bedeutung dessen, was uns an Lasten erspart und an Freuden gewährt wird, immer von neuem richtig ein, so könnten wir gar nicht anders als unsere Dankbarkeit auf irgendeine Weise in Taten umzuwandeln, die Winderbenozugten zugute kämen.

Für wie viele möchte ich bitten! Aber niemals ist die Sprache so unvollkommen wie dann, wenn sie für Arme — wes Standes und welcher Art ihre Ängste seien — Herzen entflammen möchte. Und ganz besonders jetzt, da es auf einige hundert Zerkettene nicht ankommen scheint, genügen wohl auch Engellungen kaum, um gehört zu werden.

Stände vor jedem Hause in stummen Reihen nur ein kleiner Teil der vielen, denen ein kurzes Heraus aus ihrer jämmerlichen Umwelt auch so nötig wäre, und senkten sich deren Blicke in die der vernünftigen Abreisenden, so könnte wohl mancher noch viel froher die Reise beginnen durch einen für ihn geringen Ablass. Aber diese Reihen sind leider nicht so froh aufgestellt, denen ein winziger Freudenfunken Osterholung genug wäre!

Umgeben von den Schönheiten der allgewaltigen Natur erwacht leichter als sonst der Wunsch, einem Menschen, der bangend ins Beere starrt, leichte Augenblicke mitzuschaffen zu helfen.

Einbetriebe auf Asphaltboden bedroht auch die guten Herzen in der Großstadt.

Unsere Zeit ist reich an Hoffnungen, aber arm, arm an Erfüllung.

Gibt es wirklich nur Grausamkeit auf Schlachtfeldern? Haben so wenige Menschen Empfinden für die Grausamkeiten des täglichen Lebens?

Gern schrieb ich über Interessanteres, aber die Zeit zwingt mich, immer noch so „uninteressant“ zu bleiben. Ich kann wirklich nicht dafür, die anderen verschulden es, die den Kampf fast Niedergebrochener um Gesundheit oder Arbeit oder um andere lebenswichtige Dinge nicht sehen oder nicht sehen wollen. „Man kann nicht allen helfen.“ Ich kenne diese Antwort derer, die bedeutend klüger sind als ich, oder jener, die mich fragen: „Wissen Sie denn gar nichts von der Geldknappheit?“ Ja, ich weiß nur zu viel von ihr, aber ich erinnere mich auch der Verzweiflung, in die sie stößt. Deshalb sage ich ganz schüchtern: „Wäre die Zeit der Osterreise nicht geeignet, sich liebevoll an die — seien es Alte oder Junge — zu erinnern, über deren Leben in großen Buchstaben das Wort geschrieben steht: Verzichte?“

**Wigman-Tanzmatinee der Volksbühne.** Am Sonntag, dem 10. vormittags 11 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindende Matinee wird nach Wigman mit ihrer Gruppe neue Tanzschritte. Die Preise: zur Vorführung bringen. Einlaßkarten zum Preise von 1,50 Mark in den Verkaufsstellen der Volksbühne (Theaterkassen usw.).

### Neue Wege im Kampf gegen die Tsetse-Fliege.

Die Tsetsefliege, die als Überträgerin der furchtbaren Schlafkrankheit zu den schlimmsten Geißeln der Menschheit gehört, soll jetzt auch vom Flugzeug aus bekämpft werden. Ob dieses Mittel sich als wirksam erweisen wird, bleibt abzuwarten. Die englische Kolonialverwaltung hat unterdessen verschiedene Wege zur Bekämpfung dieser Pest eingeschlagen, über die ein Berichterstatter der „Times“ aus Lagos in Nigeria berichtet.

In Nordnigeria, wo die Plage besonders groß ist, versucht man seit fünf Jahren, das Tsetseproblem für das ganze tropische Afrika zu lösen. Der Mittelpunkt dieser Arbeiten ist Sheriki in dem Winkel zwischen dem Raigum- und Rijama-Fluß. Beide Arten der Tsetsefliege, Glossina morsitans und tachinoides, sind hier anzutreffen. Man hat mehr als 60 000 Fliegen gesammelt und die Menge dieser Tiere in den verschiedenen Gegenden, das Verhältnis der Geschlechter zueinander, die Menge und Art des Blutes, von dem sie sich ernährt haben, ihre Größe und Lebensdauer sowie ihre Giftigkeit eingehend studiert. Alle diese Einzelheiten zeigen einen normalen jährlichen Rhythmus, der den Einfluß der Jahreszeiten auf das Wasser, den Schatten der Wälder, die Wanderungen der Tiere widerspiegelt. Wenn die normalen Verhältnisse sich verändern, dann zeigen sich sofort auch Veränderungen in dem Auftreten der Fliege.

Drei verschiedene Wege zur Bekämpfung hat man eingeschlagen. Zunächst wurden von einem ausgeprochenen Herde der Tsetsefliege die wilden Tiere ferngehalten, indem dieses Gebiet mit einem Drahtzaun umschlossen wurde. Die Fliegen wurden dadurch ausgehungert, in ihrer Zahl sehr verringert und die besonders gefährliche Art Glossina morsitans verschwand völlig. Aber dieser Versuch ist nur theoretisch zu bewerten, denn man kann nicht überall das Bild fernhalten. Wichtig aber ist es, daß man davon Abstand nimmt, die Verbreitung der Anklöper in Nordnigeria zu fördern, weil sich diese Tiere dann weiter ausbreiten würden und in ihrem Gefolge die Tsetsefliege erscheint. Die zweite Methode bestand darin, das Gras bis in die späte Trockenzeit zu erhalten und dann große Grasfeuer zu entzünden. Aber es ist schwierig, die Bewohner Nigeriens davon abzuhalten, solche Grasfeuer schon früher anzusetzen, und auch dieses Mittel wird sich nicht allgemein durchführen lassen. Auch die dritte Kampfsmethode greift in die Lebensbedingungen des Menschen ein. Sie besteht darin, daß das Buschland, das die eigentlichen Urwälder umgibt, ausgerottet wird. Die Tsetsefliege findet in diesem niedrigeren Dicht die besten Lebensbedingungen und wird durch die Entfernung des Busches dem Hungertode ausgeliefert. Diese Rodungsmassnahmen haben sich besonders bewährt und sollen weiter verfolgt werden.

**Volksbühne (Theater am Bülowplatz).** Infolge auswärtsgerückter Verpflichtungen von Heinrich George gelangt am 9. April Gewitter über Holland. „Kastal“ in der Inszenierung Erwin Piscators zur Aufführung. Die nächsten Aufführungen von „Gewitter über Holland“ sind für 13., 19., 20. und 21. April angelegt.

**Der Sturm.** Die erste große Kollektivaufführung des Walters & D. Rischens am 9. in der Rundschau der Theater. Die Aufführung ist von 10-6, Sonntag von 11-2 Uhr angelegt.

# Drei Wochen Einheitstarif.

## Überall Verkehrszunahme. — Wünsche nach Umsteige-Fahrkartensystem.

Seit der Einführung des Einheitstarifs am 15. März ist zwar noch nicht genügend Zeit verstrichen, um von den städtischen Verkehrsunternehmungen ein endgültiges Urteil über den wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Erfolg dieser grundlegenden Umstellung zu erwarten. Bei der Beurteilung spielt außerdem die Tatsache eine große Rolle, daß die Jahreszeiten von jeher Verschiebungen zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmungen zur Folge gehabt haben. Sind Straßenbahn und Omnibus-Unternehmungen, die im Sommer ihren höchsten Verkehr haben, während umgekehrt die Untergrundbahn im Winter den größten Verkehr aufweist. Zwischen dem Tag des höchsten Verkehrs und des geringsten Verkehrs im Sommer sind Schwankungen um 10 Proz. nicht selten. Der neue Tarif wurde aber in einem Augenblick eingeführt, wo ungewöhnlich warmes Frühlingswetter einsetzte. Außerdem baut sich der neue Tarif auch auf einer sehr viel stärkeren Ausdehnung des Abonnementverkehrs auf. Eine solche Umstellung erfordert beim Publikum erfahrungsgemäß Zeit. Die Fahrpreiserhöhung bei der Straßenbahn bringt ferner, namentlich im Anfang, eine gewisse Abwanderung, stellenweise sogar einen Rückgang des Verkehrs, der sich aber allmählich wieder ausgleicht. Aus all diesen Gründen halten die Gesellschaften natürlich mit ihrem Urteil noch zurück. Trotzdem läßt sich heute schon in großen Zügen übersehen, daß der neue Tarif ein voller Erfolg geworden ist. Alle Befürchtungen, die von ängstlichen Gemütern bei Einführung des Tarifs geäußert wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Es hat an keiner Stelle ernsthafte Schwierigkeiten gegeben. Das Publikum hat sich an die neuen Verhältnisse gewöhnt und bewiesen, daß auch die allgemeine Verkehrsdisziplin stetig Fortschritte macht.

### Der wirtschaftliche Nutzen.

Wirtschaftlich läßt sich heute schon übersehen, daß die Erwartungen auf den Ertrag bei der Einführung des neuen Tarifs keine Enttäuschung erleiden werden. Die Einnahmesteigerungen gehen sogar jetzt schon etwas über die ursprünglich aufgestellten Schätzungen hinaus. Wenn man den Verkehrsunternehmungen dann genügend Spielraum läßt, wird es möglich sein, auch entsprechende Gelder in die Erweiterungsbauten hineinzustecken, an deren Projektierung inzwischen gearbeitet wird. Interessant ist aber vor allen Dingen, daß von der Berechtigung zum Umsteigen beim Publikum in steigendem Maße Gebrauch gemacht wird. Schon nach den heutigen Zählungen der Gesellschaften benutzen mehr Fahrgäste, als vorgesehen, namentlich von der Untergrundbahn zur Straßenbahn und umgekehrt die Umsteigemöglichkeit. Am ausfallsigsten ist die außerordentliche Zunahme des Omnibusverkehrs, dessen Einnahmen um fast die Hälfte täglich gestiegen sind. Hier mußten alle Wagen, die überhaupt zur Verfügung stehen, in Betrieb genommen werden, während, wie vorausgesehen war, bei der Straßenbahn eine geringe Abwanderung zu kleinen Einschüchtern auf einzelnen Linien des Betriebs geführt hat. Alles in allem glauben die Verkehrsgesellschaften, daß ihre Erwartung, die sie an die Tarifreform geknüpft haben, voll in Erfüllung gehen werden. Sie werden infolgedessen auch in der Lage sein, mit Energie am weiteren Ausbau des Berliner Verkehrsnetzes zu arbeiten.

### Weitere Verbesserungen.

Inzwischen wird von den Unternehmungen mit Hochdruck an der Beseitigung der noch vorhandenen technischen Mängel gearbeitet. Dafür kommt in erster Linie die Hoch- und Untergrundbahn in Frage. Auf ihrem Reiz wird auf die Dauer die stärkste Vermehrung des Verkehrs eintreten. Jetzt ist sie nur scheinbar noch nicht so stark in Erscheinung getreten, weil das wärmere Wetter die Untergrundbahn sowieso benachteiligt. Für die neue Winterzeit sind aber nicht weniger als 160 neue Wagen bereits in Bestellung gegeben. Diese neuen Wagen werden sowohl bei der alten Stammstrecke der Hochbahn wie bei der Nordbahn und den jetzt im Bau befindlichen

neuen Linien in der gediegensten Ausführung zur Einführung gelangen. Bei ihrer Konstruktion werden alle Erfahrungen, die bisher im Betrieb gemacht worden sind, vermerkt werden. Die Türen werden zweifach gebaut, später mit automatischem Türverschluss versehen. Beleuchtung und Inneneinrichtung werden wesentlich verbessert. Für die alten Wagen befinden sich inzwischen die Vollstufen ebenfalls in Arbeit. Die Hochbahn rechnet damit, sie spätestens Ende Mai einbauen zu können. Es werden dabei die Raucherwagen in der bisherigen Ausstattung der zweiten Klasse mit roter Farbe hergerichtet, die Nichtraucher mit einer neuen graublauen Stoffpolsterung versehen. Eine wesentliche Vereinfachung des Betriebes wird die in Aussicht stehende Fertigstellung der sogenannten Postmeterdruckmaschinen bedeuten, die die Fahrkarten mit Tag und Stunde sofort bedrucken und sie automatisch entwerfen. Der Publikumsverkehr wird dadurch wesentlich beschleunigt. Die Konstruktionsversuche für eine entsprechende handliche tragbare Druckmaschine für die Schaffner der Straßenbahn und des Omnibus sind noch nicht endgültig zum Abschluß gekommen. Aber auch diese Frage wird bald gelöst sein. Damit fällt das zeitraubende und umständliche Laden der Fahrkarten fort. Bei der ABOAG ist der Bau von 220 neuen Wagen in vollem Gange. In wenigen Monaten werden die alten Omnibuswagen mit offenem Verdeck und rückwärtigem Eingang verschwinden sein. Für die Unterbringung der neuen Wagen wird ein neuer Bahnhof in Treptow in der Größe der Automobilhalle in der Helmholtzstraße entstehen.

Vom Hochbahnpersonal gehen uns berechnete Klagen über die Ungeud und Nervosität der Fahrgäste an den Schaltern zu. Das Personal hat sich naturgemäß an die Neuerungen, die die Einführung des Einheitstarifs mit sich brachten, auch erst gewöhnen müssen, und wenn das Personal all die nervösen und aufgeregten Fragen des fahrenden Publikums mit derselben Nervosität hätte beantworten wollen, so wären die Konflikte an den Fahrkartenschaltern nicht abgerissen. Die Fahrkartenausgeberinnen haben früher einen ganz wesentlich stärkeren Ausgabeverkehr zu bewältigen. Obwohl noch Fahrkartenscheine verkauft werden, für die allerdings die Umsteigemöglichkeit nicht besteht, ergießt sich jetzt der ganze Strom der Fahrgäste an die Fahrkartenschalter, und die Ausgeberin hat neben der Ausgabehilfe die Fahrscheine auch noch das Laden derselben zu verrichten. Wenn eine Verkäuferin an einem Tage bis zu 1500 Fahrscheine je viermal zu laden hat, wobei die Stundenlohnung so ziemlich bei jedem Schein einzeln gemacht werden muß, so kann man sich ein ungefähres Bild von der Mehrleistung machen. Deshalb sollte auch die Ungeud der Fahrgäste am Schalter aufhören, wenn es mal nicht nach Wunsch schnell geht, denn eine Fahrkartenausgeberin hat auch nur zwei Hände. Gewöhnlich sind die Leute am ungeuldigen, die nicht etwa pünktlich auf einer Arbeitsstelle zu sein brauchen, sondern die mit ihrem Hundchen unter dem Arm die Fünf-Uhr-Lees über die Warenhäuser besuchen wollen, während die Fahrkartenausgeberin vielleicht schon sechs, ja sieben Stunden am Schalter gefesselt hat.

Die Verwertung der Verkehrsunternehmen wird nicht umhin können, bald Fahrkartenscheine mit Umsteigeberechtigung auszugeben. Die Nachfrage danach ist jetzt schon an den Schaltern sehr groß, und oft gibt es lange Auseinandersetzungen mit dem Verkaufpersonal, warum die Direktion mit dem Blockverkauf unzweifelhaft verbundene Vorteile noch nicht wieder gewährt.

Wie wir erfahren, beginnen morgen mit den Berliner Verkehrsunternehmen die Verhandlungen über den Neuaufschluß der zum 1. April gekündigten Lohnverträge. Am Mittwoch soll mit der Straßenbahn, am Donnerstag mit der Hochbahn und am Freitag mit der ABOAG verhandelt werden. Das Verkehrspersonal fordert bekanntlich eine generelle Erhöhung der Stundenlöhne um 15 Pf.

Hg. Dietrich-Baden (Dem.) wendet sich gegen die Uebertragbarkeit von Staatsmitteln. Der provisorische Finanzausgleich hätte nicht um zwei Jahre verlängert werden dürfen. Es kam jetzt darauf an, die Produktionskraft Deutschlands zu steigern, die beschriebenen Summen, die zu diesem Zwecke für Gewerbe und Landwirtschaft in den Etat eingelegt worden seien, ließen von einem solchen Willen nichts erkennen.

Es scheint, als ob die großen Konzerne den entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung nehmen sollen.

In der Landwirtschaft wissen wir, daß die kleinen Bauern den Verbrauch des Bodens in der Hauptsache decken können, wenn man sie in der notwendigen Weise unterstützen würde. Daraus merkt man aber ebensowenig wie von einer Unterstützung der Handwerker. Diese beiden Schichten müßten erhalten werden, damit die Herrschaft der großen Konzerne nicht übermächtig werde. Große Sorge macht auch die Frage der Handelsverträge, die in ganz Europa vom höheren Gesichtspunkte aus behandelt werden müßte. Hier müßten wir aus provisorischen Regelungen zu Dauerzuständen kommen. Der Redner sagt dann, daß er sich

### über die Erklärung Stresemanns zum Konkordat gesteuert

habe, weil man glauben konnte, daß die Deutsche Volkspartei sich auf ihre liberalen Erinnerungen besonnen habe. Diese Freude sei aber nur von kurzer Dauer gewesen, denn Stresemann habe nachträglich gesagt, seine Stellungnahme decke sich mit der Erklärung, die die Reichsregierung zur Konkordatsfrage abgegeben habe. Wie steht nun die Deutsche Volkspartei eigentlich zu dieser Frage? Man könne sich den Widerspruch in den Ausführungen nur so erklären, daß er nicht als Staatsmann, sondern als Parteitaktiker gesprochen habe.

Hg. Dr. Bredt (W. Bg.) entnimmt aus der Tatsache, daß die Regierungspartei sich an dieser Debatte gar nicht beteiligen,

daß bei ihnen die Absicht bestehe, alle Abänderungsanträge niederzulassen. An sämtlichen Etats könnten Abstriche vorgenommen werden, nicht nur am Reichswahretat, und dann könne man wohl Ersparnisse in Höhe von 1 Milliarde erzielen. Die jetzige Steuerleistung könne vom deutschen Volke nicht mehr getragen werden, daher würden die Steuerstände wohl nicht mehr einkommen. Wenn wir den Etat so wie bisher aufstellen und dadurch den Glauben erwecken, daß wir uns so hohe Ausgaben gestatten könnten, dann sei an eine Revision des Dames-Plans nicht zu denken.

Hg. Graf v. Reventlow (Nat.-Soz.), der als letzter Redner zu Worte kommt, schließt seine Ausführungen damit, daß der Pläner Stresemann und Litwin in untölpeliger Verbindung erscheinen solle. Stresemanns Verbleiben im Amt sei ein Standaal, er müsse zurücktreten, denn er sei eine Schande für das deutsche Volk. Damit schließt die allgemeine Besprechung zur dritten Lesung des Etats. Die Regierungspartei haben daran teilgenommen. In der Einzelberatung werden die Haushalte des Reichspräsidenten und des Reichstags ohne Aussprache angenommen.

Beim Etat des Reichsanwalts erhebt Hg. Lortz (Komm.) Korruptionsbeschuldigungen gegen die Reichszentrale für Heimatsdienst und ihre Verlags- und Lichtbildfirmen.

Hg. Dr. Adolf Braun (Soz.) charakterisiert diese Behauptungen als leichtfertig und unbewiesen; sie seien auch sachlich unbegründet.

Der Etat wird genehmigt, es folgt die Beratung über das Reichsaussenministerium.

Minister Stresemann ist zunächst nicht anwesend. Im Laufe dieser Beratung, die mit einer Rede des Kommunisten Söder beginnt, wird Genosse Bredt das Wort nehmen.

Bei den einzelnen Etats hat in der dritten Lesung jede Partei nur eine Viertelstunde Redezeit.

Gegen 1/2 Uhr hatte Söder seine Rede beendet. Da der Außenminister immer noch nicht erschienen war, beantragte Genosse Hermann Müller, das

### Erscheinen des Außenministers

zu fordern und die Sitzung bis zu seinem Erscheinen zu unterbrechen. Ein Ministerialdirektor des Außenministeriums erklärte, Stresemann sei in einer wichtigen Sitzung und dürfte bald erscheinen. Vizepräsident Effer leitete nicht eine Abstimmung über den Antrag Müller ein, sondern stellte lediglich fest, daß gegen den Antrag ein Widerspruch nicht erhoben werde und unterbrach die Sitzung.

Eine deutliche und viel bemerkte Demonstration gegen die Nichtachtung des Reichstags, die sich Herr Stresemann geglaubt hat erlauben zu dürfen!

### Die Balkan-Verhandlungen beginnen.

Südslawien wünscht die Revision des Albanienvertrages. Belgrad, 5. April. (W.B.) Das Ministerium des Aeußeren gibt bekannt: Italien hat nunmehr offiziell seine Zustimmung zu direkten Verhandlungen nolliziert. Als Verhandlungsgrundlage dürfte die Verbindung der Revision des Vertrages von Tirana mit der Ratifikation der Konvention von Nettuno dienen.

Aus der Umgebung der drei slowenischen Minister verläutet, daß bei den Verhandlungen auch die Frage der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Italien aufgerollt werden wird.

Graf Bethlen ist in Rom, um einen Freundschafts- und Schiedsvertrag zwischen Ungarn und Italien zu unterzeichnen.

Italien hat in Belgrad ausdrücklich erklärt, der italienisch-ungarische Garantiepakt sei gegen niemand gerichtet, sondern sirkt im Geiste aller Völkerverträge gehalten.

### Britenflucht auch aus Nordchina.

Schanghai, 5. April. (W.B.) Die britischen und amerikanischen Einwohner von Kalgan haben sich nach Tientsin begeben, wobei auch britische und amerikanische Frauen aus Tiansin unterwegs sind. Die Abreise ausländischer Frauen und Kinder aus Peking dauert an.

Nach einer Meldung der „Wossischen Zeitung“ hat sich die „Volksarmee“ des christlichen Generals Fengjustang von Westen gegen Peking in Bewegung gesetzt, dem sich von Süden her die Kantontuppen zu nähern streben.

Auf jeden getöteten Fremden kommen 100 getötete Chinesen.

Schanghai, 5. April. (Reuter.) Der Außenminister der Kantontregierung Eugen Tschan erklärt, der vorläufige Bericht der Untersuchungskommission für die Vorfälle in Kanking zeige, daß kein Kantonefe an den Ausschreitungen teilgenommen habe, diese vielmehr reaktionären Elementen zuzuschreiben seien, welche Nachzügler der Nordtruppen und Nordgesinde, das die Uniform von gefangenen Kantonefen trug, anstiften, Gebäude von Ausländern zu plündern und diese selbst angreifen. Die Erklärung bringt das Bedauern über die Ermordung von etwa sechs Ausländern zum Ausdruck und hebt hervor, daß auf jeden von Chinesen getöteten Fremden 100 Chinesen kommen, die durch die Beschädigung der Engländer und Amerikaner getötet oder verwundet wurden. Tschan weist darauf hin, daß die Ordnung in Kanking nach der Ankunft des Führers der Kantontuppen am Nachmittag des 24. März vollkommen wiederhergestellt worden sei.

### Mauereinsturz in Lichtenberg.

#### Zwei Arbeiter verschüttet.

In der Ruckestraße zu Lichtenberg stürzte heute früh gegen 1/8 Uhr eine etwa vier Meter lange und ebenso hohe Mauer ein. Zwei Arbeiter der Reichspost wurden hierbei verschüttet und mußten von der Feuerwehr geborgen werden.

In der Ruckestraße werden gegenwärtig Postkabelgruben ausgeschachtet. Vor dem Grundstück Nr. 3 führt der Schacht unmittelbar an einer etwa vier Meter langen Mauer, der massiven Rückseite eines Schuppens, entlang. Bei den Schachtarbeiten wurden vermutlich die Fundamente untergraben, so daß die viele Zentner schwere Mauer unter lauten Krach plötzlich einstürzte. Zwei Arbeiter konnten sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen und wurden verschüttet. Die Feuerwehr wurde benachrichtigt, die auf den Alarm „Menscheneleben in Gefahr“ unter Leitung des Oberbranddirektors Gempp und des Baurats Rohsen nach wenigen Minuten an der Unfallstelle erschien. Mit Äxt und Spaten mußten die Verschütteten aus ihrer bedrohlichen Lage herausgearbeitet werden. Der 20-jährige Arbeiter Arthur B. aus der Kronprinzenstraße 1a zu Lichtenberg mußte mit erheblichen Verletzungen in das nahelebende Hubertus-Krankenhaus eingeliefert werden, während der Arbeiter Georg W. nach Anlegung von Rotbanden durch die Feuerwehr in seine Wohnung gebracht werden konnte.

Ein folgenschwerer Betriebsunfall ereignete sich heute früh in einer Montagehalle der Eisengießerei Sachmann in der Spandauer Straße zu Bittenau. Infolge Kettenbruchs stürzte ein in beträchtlicher Höhe an einem Kran schwebendes 22 Zentner schweres Gußstück in die Tiefe und traf den 33-jährigen Former Fritz Rohn aus der Bahnhofstraße zu Hermsdorf. Der Verunglückte, der schwere Kopf-, Brust- und Beinverletzungen davontrug, wurde in das Dominikusstift übergeführt, wo er sehr bedenklich darniederliegt.

### Verhaftung eines Altknechts.

Eine verurteilte Altknechtschäftigung beschäftigt die Kriminalpolizei in Charlottenburg. In einem Kaufmann in der Goethestraße, der 6 Monate Gefängnis zu verbüßen hat, wandte sich am Mittwoch voriger Woche ein Mann mit dem Angebot, ihm seine Straftaten zur Vernichtung zu beschaffen und ihn so vor der Abdämmung seiner Strafe zu bewahren. Er führte sich zunächst unter dem Vorwand ein, daß ihm ein neuer Strofausschuß bewilligt worden sei und kam erst allmählich mit seinem Angebot heraus. Dabei ließ er dann aber durchblicken, daß er für die Beseitigung der Akten etwa 2000 Mark bezahlen müsse. Um der ganzen Sache auf den Grund zu gehen, wandte sich der Kaufmann an die Kriminalinspektion Charlottenburg. Diese entsandte Beamte nach seiner Wohnung. Der Besucher, der sich „Sekretär Müller“ genannt hatte, wurde dann auch als er die Akten abliefern wollte, verhaftet. Es wurde festgestellt, daß der Erntapfle ein 26 Jahre alter Kanalarbeiter Georg Müller ist, der seit mehreren Jahren in der Strafteilung des Amtsgerichts Charlottenburg beschäftigt war.

### Der Luftverkehr Leningrad—Berlin.

Riga, 5. April. (T.L.) Wie die „Zemlja“ aus Leningrad meldet, ist dort ein Direktor der „Deruluf“ zur endgültigen Besprechung der am 1. Juli zu eröffnenden Luftverbindung Leningrad—Berlin eingetroffen. Die Luftlinie wird über Reval und Riga geleitet werden.

### Der Mord an dem Hauptmann Holz.

#### Meineidsprozess gegen den Tatzeugen.

Vor zwei Jahren wurde, wie erinnertlich, Frau Ellen Holz vom Schwurgericht I unter der Annahme der Notwehr vom Schwurgericht I von der Anklage der vorsätzlichen Tötung ihres Ehemannes, des Hauptmanns a. D. Holz, freigesprochen.

Der Erbschaftsbesitzer war ein Trinker und äußerst brutaler Mann und hatte nachgewiesenermaßen seine Ehefrau wiederholt auf das Schmerzlichste mißhandelt, sogar mit der Keule geschlagen. Frau Holz hatte ihre Tat als einen Verzweiflungsschritt anlässlich neuer Gewalttätigkeiten dargestellt. Diese Darstellung wurde durch den einzigen Tatzeugen, den in dem Detektivinstitut ihres Mannes tätigen Vater der Frau Holz, den Detektiv Paul Bent, bestätigt. Dieser Entlastungszeuge hat sich jetzt vor demselben Schwurgericht unter der Anklage des Meineids zu verantworten. Von dem Ausgang der heute begonnenen dreitägigen Verhandlung wird es abhängen, ob Frau Ellen Holz nochmals wegen Mordes oder Totschlages an ihrem Ehemanne trotz der erfolgten Freisprechung zur Verantwortung gezogen werden kann. Der Meineidsprozess hat eine merkwürdige Vorgeschichte. Bent wurde eines Tages vor die Kriminalpolizei geladen und beschuldigt, eine falsche Aussage gemacht zu haben. Nach einem vielstündigen Verhör unterschied er ein Protokoll, indem er zugab, in vier Punkten vor dem Schwurgericht falsche Angaben gemacht zu haben. Ohne eine gerichtliche Verhandlung erhielt Bent einen amirichtlichen Strafbefehl wegen fahrlässigen Falschgebens auf 1 Monat Gefängnis lautend. Gleichzeitig wurde ihm mitgeteilt, daß ihm Bewährungsfrist bewilligt worden sei. Strafprozessual war dieses Verfahren zulässig, wenn es auch einen eigenartigen, einzufachstehenden Vorgang bedeutet, daß ein Delikt wegen fahrlässigen Falschgebens ohne Gerichtsverhandlung auf Grund eines polizeilichen Protokolls durch Strafbefehl erledigt wird. Hätte Bent, da die Sache für ihn keine sichtbaren Folgen hatte, den Strafbefehl angenommen, dann wäre die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Mordanklage zugunsten der Angeklagten gegeben gewesen. Bent erhob aber Einspruch und behauptete vor dem Schöffengericht, daß seine neuerliche Aussage und Selbstbeerdigung falsch sei, da er von den Kriminalkommissaren durch stundenlange Vernehmungen und Bedrohungen zu mürbe gemacht worden sei, daß er schließlich alles zugegeben habe, was man von ihm wollte, zumal ihm von der Kriminalpolizei zugesichert worden sei, daß er ruhig die Frau Holz belasten könne, ohne daß ihm etwas passieren würde. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht nahm einen überraschenden Verlauf. Das Schöffengericht hielt Bent dringend verdächtig, wissenschaftlich einen falschen Zeugeneid geleistet zu haben, weshalb es sich für unzuständig erklärte und die Sache an das Schwurgericht verwies. Wegen der zu erwartenden Höhe der Strafe und wegen Verurteilungsfahr wurde Bent im Gerichtsgefängnis verhaftet. In der heutigen Verhandlung, die vor dem Schwurgericht, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lalk stattfand, erklärte der Angeklagte Bent, vor dem Schwurgericht die volle Wahrheit gesagt zu haben, daß aber die Angaben vor der Kriminalpolizei erpreßt seien und keinen Anspruch auf Wahrheit erheben könnten.

Durch geschickten Einkauf ist so dem bekannten Graf-Detail-Schuhfabrikanten, Berlin S. 15, Mühlgr. 10 und Kottbuser Damm 13, gelungen, die meisten Herren- und Damen-Beize- und Schuhsachen der Berliner Bevölkerung zu kleinem billigen Preise in guter Qualität zu bringen. Man sieht aus dem heutigen Ansehen der Firma, daß man auch ganz gute Billig kaufen kann, wenn man die Gelegenheit des günstigen Einkaufs, welche dem Grafen durch diese Firma war, richtig auszunutzen weiß. Ueberaus interessant sind die bedeutend preisgünstigen Schuhsachen des Verkaufshauses Kottbuser Damm 13, wie auch Mühlgr. 10.

## Preußens Heilanstalten im Jahre 1925. 1 884 417 Kranke.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht einer Uebersicht der Staatlichen Korrespondenz über die allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1925 (ohne das Saargebiet) entnimmt, betrug die Zahl der allgemeinen Heilanstalten 2210 gegen 2195 im Vorjahr. Geschlossen wurden 24 Anstalten, dagegen traten durch Neu- und Wiedereröffnung 39 hinzu. Die Vermehrung der Anstalten beruht wohl zum größten Teil auf der Wiederkehr geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse nach beendeter Inflation. Die Zahl der Betten ist von 206 516 auf 214 127 gestiegen. Auf 10 000 Einwohner standen 56,3 Krankenbetten gegen 54,8 im Vorjahr zur Verfügung. Die Zahl der Kranken stieg von 1 606 178 auf 1 884 417 und übertraf mit 17,3 Proz. den Zuwachs des Jahres 1924 gegenüber dem Jahre 1923 mit 6,1 Proz. bei weitem. Auf 10 000 Einwohner entfielen insgesamt 495,2 Verpflegte gegen 426,1 des Vorjahres. Auch die Verpflegungstage folgten der allgemeinen Steigerung der Anstaltsstatistik. Ihre Zahl betrug 56 479 340 gegen 48 851 834 im Jahre 1924; es ergab sich also eine Mehrleistung von Verpflegungstagen in Höhe von 15,6 Proz. Mit der steigenden Zahl der Kranken hat auch die Zahl der Geheften zugenommen: sie betrug 94 971 gegen 88 836. Trotzdem ist die Anstaltssterblichkeit von 5,5 auf 5,04 Proz. der Verpflegten zurückgegangen.

**Marktorlegung auf dem Zucht- und Magerviehhof.** Die Direktion des Zucht- und Magerviehhofes in Berlin-Friedrichsfelde teilt mit, daß in der Woche vor Ostern der auf Freitag, den 15. April fallende Rinder- und Pferdemarkt des Karfreitags wegen auf Donnerstag, den 14. April 1927 vorverlegt wird. Im übrigen findet keine Veränderung statt.

## Die Berliner Verkehrsarbeiter 1926. Kaufkraft trotz Krise.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Verkehrsbundes hatte am Montagabend im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung. Der erste Bevollmächtigte Genosse Drimann gab zunächst einen kurzen Geschäftsbericht vom 4. Quartal und beschränkte sich im allgemeinen auf einige Erläuterungen des gedruckt vorgelegten Jahresberichtes über das Vorjahr.

Dieser ziemlich umfangreiche Bericht gibt einleitend einen Rückblick auf die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung des Vorjahres, um dann die Tätigkeit der einzelnen Sektionen ausführlich zu behandeln. Bemerkenswert ist, daß sich der Mitgliederbestand trotz der anhaltend schweren Krise des Vorjahres dennoch

von 50 056 auf 52 014 erhöht

hat, was ein Beweis dafür ist, daß auch die ungeübten Arbeiter die Notwendigkeit des festen organisatorischen Zusammenschlusses mehr und mehr erkennen. Leider ist immer noch eine starke Fluktuation in der Mitgliederbewegung bemerkbar. Von insgesamt 11 865 neu aufgenommenen Mitgliedern blieben der Organisation nur knapp 2000 treu.

Bei den Lohnbewegungen war die Organisation zum großen Teil genötigt, sich auf die Abwehr der Unternehmergriffe zu beschränken. Es wurden insgesamt geführt 48 Abwehrbewegungen in 5091 Betrieben mit 47 955 Beschäftigten, wodurch ein durchschnittlicher Lohnabwärt von 3,30 Mk. pro Mitglied und Woche verhindert werden konnte. Angriffsbewegungen wurden insgesamt 45 geführt in 4661 Betrieben mit 43 347 Beschäftigten; durch diese Bewegungen wurde eine

Lohnerhöhung von 6,70 Mk. in der Woche,

insgesamt 119 089,25 Mk. an Arbeitslosenunterstützung zahlte die Organisation im Jahre, an 3837 Mitglieder 106 829 Mk. und an Krankenunterstützung an zusammen 6228 Mitglieder 124 144 Mk.

Genosse Drimann ging dann auf die Bewegungen ein, die jetzt von der Organisation geführt werden und im Gegensatz zum vorigen Jahre

fast durchweg Angriffsbewegungen

sind. Er gab einzelne Erfolge bekannt, die davon zeugen, daß es einer gut organisierten Mitgliedschaft möglich ist, entgegen den Bestrebungen der Unternehmer und auch der Schlichtungsbehörden der Leuerung entsprechende Lohnbewegungen durchzusetzen. Anschließend daran erläuterte der Kassierer Genosse Brehle den Kassenbericht vom 4. Quartal sowie vom gesamten Vorjahre.

In der Diskussion gingen die kommunistischen Redner sehr wenig auf den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung ein, sondern machten ihre üblichen „gewerkschaftspolitischen“ Ausführungen. Genosse Drimann beschränkte sich in seinem Schlusswort auf einige Richtlinien.

Bei der dann vorgunehmenden Neuwahl der engeren Bezirksleitungen kam es wiederum zu einer ausgiebigen Debatte, da die Kommunisten sich plötzlich für den Kandidaten der Amsterdamer Richtung Genossen Oltersdorf von der Sektion I als mitberatendes Mitglied in die engere Bezirksleitung eintrifft, einsetzt, allerdings um diesen gegen den bisherigen zweiten Bevollmächtigten, Genossen Klose, auszuspielen. Als ihnen dabei aber keine Vorbeeren winkten, wogen sie sich auf eine kommunistische Kandidatur zurück. Die Verammlung beschloß entsprechend dem Vorschlag der Bezirksleitung, so daß die bisherige Bezirksleitung wiedergewählt wurde mit der Maßgabe, daß der Genosse Oltersdorf dazu neu eintritt. Es erfolgte dann noch die Wahl der Sektionsleitungen, der Beisitzer für die engere Bezirksverwaltung und der Revisoren.

Einmütig angenommen wurde eine Entschlieung, die gegen den Arbeitszeitnotgesetzentwurf der Regierung protestiert und es den Mitgliedern zur Pflicht macht, den Kampf für den Achtstundentag durch möglichst restlose Ablehnung aller Ueberstunden zu unterstützen. In der Entschlieung wird die Erwartung ausgesprochen, daß die geschäftsbearbeitenden Körperschaften den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auf Wiederherstellung des Achtstundentages entsprechen werden.

## Konflikt in den Gas- und Wasserwerken. Die Lohnfrage noch immer nicht geregelt.

Gestern abend beschäftigten sich die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke in „Boeters Festhölle“ mit dem Ergebnis der Manteltarif- und Lohnverhandlungen.

Ueber die mit den Direktionen der Gas- und Wasserwerke geführten Verhandlungen berichtete Gehler eingehend. Er hob besonders hervor, daß der Hauptpunkt der Forderung des Verbandes die 48-stündige Arbeitswoche gewesen ist. Die Direktionen verweigerten hartnäckig jedes Zugeständnis, so daß der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen wurde. Der gefällte Schiedsspruch mußte wegen seiner völligen Ungültigkeit von der Organisation abgelehnt werden. Es kam schließlich zu neuen Verhandlungen, bei denen im wesentlichen folgendes vereinbart wurde:

„Die regelmäßige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, ausschließlich der Pausen. Die Arbeitswoche der Schichtarbeiter soll nicht über 52 Stunden im Durchschnitt, einschließlich der Pausen, ausgedehnt werden.“ In einer dazugehörigen Protokollnotiz heißt es: Die Arbeitszeit der Schichtarbeiter wird versuchsweise zunächst bis 1. Oktober 1927 so geregelt, daß die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit im Bierwachenbetrieb, einschließlich Sonntagsarbeit, 48 Stunden nicht überschreitet. Eine Verringerung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter nach dem 1. Oktober 1927 soll nur nach vorhergehender zmonatiger Ankündigung erfolgen.“

Die Sätze für planmäßige Sonntagsarbeit werden auf 33% und für außerplanmäßige Sonntagsarbeit auf 66% Prozent erhöht. Außerdem treten einige Verbesserungen in der Bezahlung des Kranken- und Urlaubslöhnes sowie bei den sogenannten Gnadenvierteljahre ein. Nach dem Tode eines Arbeiters muß den Angehörigen ¼ Jahr lang der Lohn einschließlich der Zuschläge weitergezahlt werden. Gehler empfahl den Tarif zur Annahme mit dem Hinweis, daß sich die Dbleute gegen einige Stimmen bereits für Annahme ausgesprochen haben.

Nach kurzer Diskussion, in der sich Gnadt für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zur Unterbringung von Arbeitskräften einsetzte, wurde der Manteltarif gegen wenige Stimmen angenommen.

Polenke berichtete sodann über die Lohnverhandlungen mit dem Magistrat. Es sei in dieser Frage bisher immer noch zu keiner Entscheidung gekommen, weil der Magistrat den gegenwärtigen Finanzausgleich der Länder als ein Hindernis für den sofortigen Abschluß eines Lohnabkommens bezeichnete. Der Magistrat habe jedoch in Aussicht gestellt, daß er in den nächsten Tagen seine endgültige Stellungnahme bekanntgeben werde. Sollte es zu keiner Verständigung kommen, so müßte auch hier zunächst der Schlichtungsausschuß eingreifen.

Die Aussprache über diesen Punkt brachte die Unzufriedenheit mit der Verschleppung angesichts der ungenügenden Löhne scharf zum Ausdruck. Von der Entscheidung des Magistrats macht die Arbeiterschaft alle weiteren Beschlüsse abhängig. Wenn der Magistrat den Konflikt nicht auf die Spitze treiben will, dann wird er rechtzeitig eintreten müssen.

## Buchbindertarif in den Buchdruckereien. Neue Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen.

Am 4. April 1927 tagte in den Zentral-Festhölle eine Branchengeneralversammlung der in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderinnen, um den Bericht von den

Lohn- und Manteltarifverhandlungen entgegenzunehmen. In kurzen Umrissen schilderte Genosse Herzog die Bewegung, die zum Lohnabkommen mit den Buchdruckereien geführt.

Nachdem das Abkommen bis zum 31. Dezember 1925 strikte eingehalten wurde, versuchten es nun die Arbeitgeber abzuschaffen. Mit Hilfe des Schlichters wurde der Vertrag wieder eingeführt. In diesem Jahre glaubten die Unternehmer auch von dem Vertrag loszukommen. Nachdem nun die Buchdrucker und Hilfsarbeiter zu einem Abschluß gekommen sind, wurde auch für die Buchbinderarbeiterschaft ein Abschluß geschaffen, der dieselben Zulagen wie die der Buchdrucker bzw. Hilfsarbeiter vorsieht. Das Sonderabkommen konnte nur bis zum 30. September abgeschlossen werden. Es liegt nun an die Kollegen selbst, dafür zu sorgen, um auch ab 1. Oktober das noch Fehlende nachholen zu können.

Zu den Manteltarifverhandlungen konnte gesagt werden, daß nach langwierigen Verhandlungen es gelungen ist, dieselben Verbesserungen durchzubringen, wie sie bei den Buchdruckern erreicht sind, d. h. die 48-Stundenwoche und, soweit Neueinstellungen und Schichtarbeit nicht möglich ist, 25 Proz. für die erste Ueberstunde, steigend um 5 Proz. für jede weitere Ueberstunde. Die wichtigste Bestimmung ist die Freizeitarbeit, die neu geregelt wurde. Die Bestimmung, wonach Arbeitslose nur durch den Nachweis eingestellt werden dürfen, konnte leider nicht mit im Tarif verankert werden. Die Unternehmer erklärten jedoch, dies ihren Mitgliedern zu empfehlen. Der Manteltarif hat Gültigkeit bis zum 1. April 1929.

Kollege Piant ermahnte die Kollegenschaft noch, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß alles reiblos organisiert ist und die Zusammenarbeit mit Unorganisierten abzulehnen. Ferner soll jedes Mitglied darauf achten, daß Ueberarbeit strikte abzulehnen sei, solange noch Arbeitslose vorhanden sind. Herzog teilte noch auf Anfrage mit, daß für Affordarbeiter nur der D.D.B.-Affordtarif maßgebend ist.

Nachdem Piant auf die stattfindenden Sportenversammlungen hingewiesen hatte, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem kräftigen Applaus zur weiteren Mitarbeit geschlossen.

## Auch Loeser & Wolff sperrt aus.

Elbing, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Die bekannte Firma Loeser und Wolff, die in Elbing, Braunsberg und Marienburg ihre Fabriken besitzt, hat ihrem gesamten Personal, entsprechend dem Beschluß der Unternehmerorganisation, getündigt.

## Einigung in der Frankenthaler Metallindustrie.

Frankenthal, 4. April. (M.B.) Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Frankenthaler Metallindustrie haben zu einer Einigung geführt, so daß Aussicht besteht, daß der Streik vermieden werden kann. Die Kündigungen wurden zurückgezogen.

## Vom amerikanischen Bergarbeiterstreik.

Pittsburg, 5. April. (M.B.) Der Vizepräsident der Gewerkschaft der Bergleute sagte, alle Kohlengruben, deren Belegschaft dem Verband angehört, seien geschlossen. Viele weitere, deren Arbeiter dem Verband nicht angehören, würden bald folgen. Die Powhatan Mining Company in Bellair (Ohio) verlangte von den streikenden Bergleuten Vorauszahlung der Miete für die Arbeiterwohnungen, anderenfalls die Räumung der Wohnungen. Tausend Personen werden von dieser Räumung betroffen.

Verantwortlich für Politik: Wirtas Schiff; Wirtschaft: G. Klingerhölzer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calver; Kunst: A. S. Wöber; Solales und Sonstiges: Fritz Harthardt; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin; Verlag: Betriebs-Bericht G. m. b. H., Berlin; Druck: Formata-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 5.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64  
5. bis 7. April:  
**Volldampf**  
I. und II. Teil

Neukölln, Bergstr. 131 52  
Passage-Lichtspiele  
**Der schwarze Zyklon**  
ferner:  
Heiratsannoncen  
Bühnenschaus.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99  
Dienst, d. 5., bis Donnerstag, d. 7. April:  
Hella Weja, Paul Heidemann, Karl Seckermann in  
Die Warenhausprinzessin  
Ferner: Die große Bühnenschaus.

Frankfurter Allee 45  
Victoria-Lichtbildtheater  
Dienst, d. 5., bis Donnerstag, d. 7. April  
**Matrosen-Regiment Nr. 17**  
(Kosaken-Weibsteater)  
auf der Bühne: Elise Perry in Die Nihilistin

in 800., Gestalt und Satz, wenn Arzt. Suchtstellung. In 15 Tagen sind schwere Fälle bewirkt wurden. Unzureichende Behandlung. Bestätigung und Befreiung. Ärztlich empfohlen. Invalidenstr. 1-6, 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jeden

**Total-Ausverkauf**  
wegen vollständiger Auflösung meines seit  
ca. 22 Jahren bestehenden Spezialhauses für  
**Damenkonfektion**  
Meine großen Lagerbestände sind die bekannt guten Qualitäten von Größe 35-36

**Otto Mack**  
Berlin S.

Oranienstraße 48, Ecke Luckauer Straße  
Kommen Sie vormittags, der Andrang ist sehr groß!

**Mod. Herren-Halbschuhe**  
neueste Schlager, hellgelb, grau, braun u. Lack mit u. ohne Eins., je nach Ausf.  
11.90 12.90 16.00  
9 18.90

**Herren-Halbschuhe 6<sup>90</sup>**  
echt Boxrind, braun .. 8.90, schwarz ..

**Echt braun Boxkalf 12<sup>50</sup>**  
u. Lack-Herren-Halbschuhe, auf Rahmen genäht, moderates Form.

**Kinderschuhe billig**  
**Damen-Hausschuhe 95**  
Dirndlstoff, entzückende Muster, ... Paar

**Billige Oster-Messe**

Wir bringen in dieser Saison die allerneuesten Modeschlager in grau, blau, beige-rosé, champagne einfarbig sowie mit passenden Besätzen zu staunend billigen Preisen. / Unsere bedeutend vergrößerten Schaufenster **Kotlbuser Damm 13 u. Münzstr. 25** sind ein interessantes Spiegelbild der Mode.

**Orig. Good-year Welt 12<sup>50</sup>**  
Herren-Halbschuhe, echt Boxrind .....

**Imit. Wildleder 195**  
**Damen-Halbschuhe**  
Affenhaut kl. Größen, gute Ledersohlen

**Mod. Damen-Spangen- 5<sup>90</sup>**  
und Zugschuhe mod. Formen ...

**Grau, beige, braun und Lack 8<sup>90</sup>**  
Damen-Luxus-Schuhe teils Einzel-paare, teils alle Größen 9.80 11.90

**Die neuesten Modeschlager**  
unendlich viel Modelle bei uns billig

**Moderne Lack- und braune 6<sup>90</sup>**  
**Spangenschuhe ... 7.90 6<sup>90</sup>**  
Grau, beige, rosé, champ. u. Lack-  
Damen-Spangenschuhe, neueste Schlager je n. Ausf. 13.80, 14.80, 16.80 etc.

**Münzstr. 25**  
(Alte Zanderplatz) und  
**Kotlbuser Damm 13**